

Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushalt 2018

Stellungnahme der Verwaltung

CDU Fraktion

zu Antrag 1

Bereich Hauptstraße 4 durch einen Architekturwettbewerb begleiten

siehe FW Nr. 6
siehe SPD Nr. 3

Es wird beantragt die Gestaltung des Bereiches Hauptstraße 4 und umliegende Bereiche durch einen Architekturwettbewerb zu begleiten.

Durch den Wegfall der Parkplätze bei der Volksbank wird sicherlich der schob vorhandene Parkdruck im Ortskern zunehmen. Die Verwaltung sieht daher die Notwendigkeit, über weitere Parkflächen in der Ortsmitte zu diskutieren Für das Gebäude Hauptstraße 4 gibt es bereits einen ersten Architektenvorschlag durch Professor Lenz unter Beibehaltung des Sandsteinsockels im Erdgeschoss, der 16 Stellplätze schaffen könnte.

Ein Gestaltungswettbewerb ist sicher denkbar, müsste dann aber auch die Flächen nördlich des Grundstücks bis zur Karlstraße mit einbeziehen.

Für einen Wettbewerb fallen allerdings erhebliche Kosten an. Die Verwaltung rechnet mit 20.000 €

Vorschlag der Verwaltung

Entscheidung des Antrages, ggf. Mittelbereitstellung

zu Antrag 2

Aufstellung der Kosten der Anschlussunterbringung aufzuzeigen und fortzuschreiben

Beantragt wird die Kosten für die Gebäude und die Betreuung der Flüchtlinge aufzuzeigen und fortzuschreiben.

Die Gemeinden sind für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zuständig. Zusätzlich zur Anschlussunterbringung ist noch der anerkannte Familiennachzug unterzubringen. Die soziale Betreuung der Flüchtlinge obliegt dem Landratsamt (§ 18 Abs. 2 FlüAG). Seit dem 01.01.2018 ist für die soziale Betreuung der Flüchtlinge eine Integrationsmanagerin des Landkreises in der Gemeinde Hemmingen tätig. Zusätzliche, niederschwellige Integrationsleistungen auf örtlicher Ebene werden durch den Bundesfreiwilligen mit Flüchtlingsbezug, dem kommunalen Sozialamt, über das vom Bund finanzierte „Netzwerk für geflüchtete Familien“ sowie dem Freundeskreis Flüchtlingshilfe erbracht. Sofern Spenden bei der Gemeinde eingehen geben wir diese an den Freundeskreis weiter. Bei der Integration der Flüchtlinge sind auch die Kindertageseinrichtungen und die Schulen gefordert. Die Verwaltung wird versuchen, die Kosten aufzustellen und dann jährlich fortzuschreiben.

Vorschlag der Verwaltung

Annahme des Antrags

zu Antrag 3

Prüfung ob die Stationierung eines Rettungswagen in den freiwerdenden Räumen der Feuerwehr möglich ist

Beantragt wird zu prüfen, ob in den Räumen der bisherigen Feuerwehr, ein RTW zur Verbesserung der medizinischen Notversorgung installiert werden kann.

Nach den bisherigen Planungen sind die Räume der Feuerwehr nach dem Umzug für den Bauhof und das DRK Hemmingen vorgesehen. Langfristig ist dort eher eine Wohnbebauung vorgesehen. Für den Rettungsdienst sind die Gemeinden nicht zuständig, sondern der Bereichsausschuss. Dieser setzt sich zusammen aus Vertretern der Rettungsdienst, den Kostenträgern und dem Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde.

Bereits im Oktober 2017, im Nachgang zur Präsentation der kreisweiten Zahlen im Ausschuss für Umwelt und Technik des Kreistags, wurde dem Geschäftsführer des DRK wie auch dem Landratsamt das Grundstück angeboten, das neben dem Neubau der Feuerwehr in der Konrad-Haller-Straße noch verbleibt (ca. 1.000 m²), um dieses für den Rettungsdienst zu nutzen. Bislang gab es keinerlei Reaktion darauf!

Der Presse war zu entnehmen, dass der Bereichsausschuss beschlossen hat, dass der Notarztstandort Ditzingen nach Hirschlanden verlegt werden soll. Derzeit laufe wohl noch die Suche für Räumlichkeiten.

Wir können gerne nochmals auf den Bereichsausschuss zugehen ob eine solche Lösung hilfreich wäre. Diese muss dann aber verträglich sein mit den bisher angedachten Nutzungen durch DRK und Bauhof. Auch muss die Nachbarschaft mit berücksichtigt werden. Ein RTW rückt sicher öfters aus als die Feuerwehr. In der Zeitung wurde der ASB-Regionalgeschäftsführer zitiert: „In einem Wohngebiet kann der Notarzt definitiv nicht stehen“.

Vorschlag der Verwaltung
Ablehnung des Antrags

zu Antrag 4

Finanzielle Beteiligung an der Tagespflege

Beantragt wird eine Beteiligung an den Kosten der Tagespflege. Das Kleeblatt-Kuratorium hat der Einrichtung unter dem Dach des Kleeblatts bereits zugestimmt.

Nach den Modalitäten für das Kleeblatt ist das Grundstück durch die Gemeinde zu stellen und 30% Beteiligung an den Baukosten notwendig. Im Haushalt 2018 sind bei den Investitionen unter Auftrag I 31600001 für das Jahr 2019 bereits 530.000 € eingestellt.

Zur Bekräftigung kann aber gerne ein formaler Beschluss bereits gefasst werden, der dann in einer Verpflichtungsermächtigung mündet.

Vorschlag der Verwaltung
Verpflichtungsermächtigung über 530.000 EUR als Beteiligung der Gemeinde an der Tagespflege

zu Antrag 5

Kredite an die Eigenbetriebe nicht umschulden

Beantragt wird die Rücknahme des Beschlusses die Trägerdarlehen der Eigenbetriebe über Kredite zu finanzieren.

Beschlossen ist, die Darlehen der Gemeinde zum Kreditmarkt umzuschulden. Die Verwaltung hat bei der Aufstellung des Haushaltes bereits darauf verzichtet die Gemeindedarlehen umzuschulden.

Vorschlag der Verwaltung
Aufhebung des Beschlusses und Kenntnisnahme, da bereits im Haushalt eingestellt.

Freie Wähler

zu Antrag 1

Schaffung einer Stelle Gebäudeunterhaltung (Facility-Management)

Beantragt wird eine Stelle im Bauamt zu schaffen, die schwerpunktmäßig die Gebäudeunterhaltung wahrnimmt.

Für diese Aufgabe ist ein technischer Mitarbeiter notwendig. Hierfür ist eine Stelle, wohl nach Entgeltgruppe 9a zu schaffen. Die Kosten betragen rund 50.000 € jährlich. Die Stelle wird dann wohl auf Dauer angelegt sein und jährlich diesen Betrag benötigen. Der Stellenplan ist entsprechend zu ändern. Die Verwaltung steht dem Antrag positiv gegenüber.

Vorschlag der Verwaltung
Annahme des Antrags

zu Antrag 2
siehe SPD Nr. 1

Neubau Bauhof schieben

Beantragt wird den vorgesehenen Neubau des Bauhofes um 2 Jahre zu schieben und erst ab 2020 zu planen und 2021 zu bauen.

Für die Verwaltung hat der Bau des Bauhofes hohe Priorität. Es ist dringend notwendig, geeignete Räume für Personal und Geräte zu haben. Durch die derzeitige Verteilung der Geräte und Materialien auf viele Standorte entstehen vermehrt Rüstzeiten. Auch sind die Sanitäranlagen nicht mehr auf dem Stand der Technik.

Vorschlag der Verwaltung
Ablehnung des Antrags

zu Antrag 3

Fußgängertaugliche Sanierung des verlängerten Stangenweges

Beantragt wird die Sanierung des Feldweges in Verlängerung des Stangenweges um diesen auch bei Schlechtwetter nutzen zu können.

Der Weg ist als geschotterter Grasweg derzeit ausgebaut. Wenn dieser Weg auch für Schlechtwetter nutzbar sein soll, muss ein Vollausbau mit Asphalt erfolgen. Der Weg hat eine Länge bis zum nächsten Querweg von ca. 420 m. Bei einer Breite von 3 m sind rund 1.260 m² herzustellen. Hierfür fallen Kosten von rund 100.000 € an. Für Feldwegausbauten sind im 2-Jahresrhythmus je 35.000 € vorgesehen. Für 2018 sind bisher keine Mittel bereitgestellt.

Vorschlag der Verwaltung
Entscheidung über den Antrag.

zu Antrag 4

Fortbewegung in Hemmingen bei eingeschränkter Mobilität, Analyse weiterer Bankaufstellplätze und Sanierung bestehender Bänke mit Sanierungsbedarf

Beantragt wird einen Plan zu erstellen, der barrierefreie Wege zu den Orten des täglichen Lebens aufzeigt. Weiter sollen weitere Orte für Ruhebänke ermittelt werden.

Um barrierefreie Wege im Ort aufzuzeigen ist sicherlich eine umfassende Bestandsaufnahme notwendig. Dies kann die Verwaltung derzeit mit eigenem Personal nicht leisten. Gleichzeitig sollte eine solche Planung auch Möglichkeiten der Verbesserung aufzeigen. Hierzu ist sicher eine Fremdvergabe notwendig. Bei Planungen und Sanierungen im Straßenraum berücksichtigt die Verwaltung bereits heute die Barrierefreiheit. Die Prüfung der Bänke und die Ausweisung von weiteren Standorten kann sicher erfolgen.

Vorschlag der Verwaltung
Entscheidung über den Antrag

zu Antrag 5

Bereitstellung von Stromtankstellen

Beantragt wird eine Stellplatzsuche für Stromtankstellen.

Beim Ausbau der Seestraße ist daran gedacht, bereits die Installation von Stromladesäulen vorzusehen. Weiter hat die Verwaltung bereits seit längerer Zeit angedacht, eine kombinierte Straßenlaterne mit Ladesäule sowie Notruftaste, W-Lan und Umwelt-Sensorik an der Pfarrgasse vor dem Gebäude Hauptstraße 2 zu errichten. Hierfür wären Kosten von etwa 10.000 EUR zu veranschlagen.

Vorschlag der Verwaltung
Annahme des Antrags und Einstellung der Mittel.

zu Antrag 6

Bestehende Parkmöglichkeiten optimieren und neu Plätze schaffen.

siehe CDU Nr. 1
siehe SPD Nr. 3

Beantragt wird den Parkplatz an der Adlergasse zu sanieren und zu asphaltieren.

Das Grundstück hat eine Größe von 521 m². Unter Beibehaltung der bestehenden Grünflächen können 2 mal 7 Stellplätze angelegt werden. Dabei ist eine Stellplatzfläche von 2,5 m² zugrunde gelegt. Bei Wegfall der östlichen Grünfläche sind 2 weitere Plätze möglich. Bereits im September 2014 wurden die Kosten damals mit 100.00 EUR ermittelt. Sicherlich ist eine gewisse Preissteigerung in der Zwischenzeit eingetreten.

Vorschlag der Verwaltung
Entscheidung über den Antrag

zu Antrag 7

Energieverbrauchsentwicklung der Gemeindegebäude aufstellen

Beantragt wird eine Energieverbrauchskurve je Gebäude und Kwh über 10 Jahre darzustellen.

Die Verwaltung wird prüfen, inwieweit die Daten bereits vorliegen und entsprechend dargestellt werden können. Im Grundsatz ist die Verwaltung bereit eine solche Aufstellung zu erarbeiten.

Vorschlag der Verwaltung
Annahme des Antrages

zu Antrag 8

Austausch der Leuchtmittel in der Sporthalle I

Beantragt wird die Leuchtstoffröhren gegen energiesparende LED auszutauschen.

Die Verwaltung wird prüfen, ob ein problemloser Tausch der Leuchtstoffröhren gegen LED möglich ist. Sollte dies der Fall sein, so werden die Röhren getauscht.

Sofern hierzu Umbauten der Steuerung und Schaltung notwendig sein sollten, wird der Tausch bis zur vorgesehenen Grundsanierung zurückgestellt.

Vorschlag der Verwaltung

Annahme des Antrages

zu Antrag 9

Jährliche Kindergartenbedarfsplanung mit Ausblick auf die nächsten Jahre erstellen

Beantragt wird ein jährlicher Bericht über den Bedarf und die Angebote unter Einbeziehung der Finanzierung darzustellen und einen Ausblick auf die nächsten 3 Jahre zu geben.

Die Verwaltung hat in der Vergangenheit jeweils jährlich eine Kindergartenbedarfsplanung samt Ausblick auf die Folgejahre erstellt. Lediglich zuletzt wurde hiervon abgewichen, da sich insbesondere durch das Neubaugebiet Hälde kurzfristige Bedarfe ergeben haben, welche nicht seriös punktuell planbar waren. Trotzdem legt dem Gremium auch derzeit ein noch gültiger mehrjähriger Bedarfsplan aus dem Jahr 2015 vor, welcher nunmehr aktualisiert werden soll und wieder einen mehrjährigen Prognosezeitraum enthalten wird. Die Verwaltung hat bereits mit Herrn Dr. Feifel (PAN GEO) Kontakt aufgenommen und beabsichtigt, diesem den entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Nachdem der Arbeitsgemeinschaft Kinderbetreuung zuletzt ein aktueller Stand über die Betreuungsangebote samt Betreuungszeiten und aktueller Belegung der kommunalen Einrichtungen vorgelegt wurde, könnten diese Daten künftig im Zusammenhang mit den Einladungen zu den jeweiligen Sitzungen der AG Kinderbetreuung auch dem Gemeinderat übermittelt werden. Dies gilt auch für die Nutzung der Kindertagespflege.

Vorschlag der Verwaltung

Entscheidung über den Antrag

SPD Fraktion

zu Antrag 1
siehe FW Nr. 2

Errichtung eines neuen Bauhofes.

Beantragt wird den Bauhof wie geplant zu erstellen.

Die Verwaltung begrüßt diesen Antrag. Im Haushalt sind auch entsprechende Mittel eingestellt.

***Vorschlag der Verwaltung:
Annahme des Antrags***

zu Antrag 2

Sozialer Wohnungsbau

Beantragt wird die Fläche des bisherigen Bauhof für den sozialen Wohnungsbau bereitzustellen.

Allgemein ist ja aus der Presse zu entnehmen, dass im Großraum Stuttgart von verschiedenen in der Regel größeren Städten wie Stuttgart, Ludwigsburg, Leonberg und auch anderen praktikable Wege zur Verbesserung des sozialen Wohnungsbaus im Zusammenhang mit von Bauträgern realisierten Wohnanlagen angegangen werden. Klar gibt es hier den Zusammenhang zwischen einerseits den Grundstückspreisen und andererseits den Baukosten, die dann insgesamt die Herstellungskosten bilden. Ob die Subventionskosten im Zusammenhang mit den Grundstücks- und Baukosten oder aber dann bei den Mietkosten greifen sollen, muss im Einzelfall analysiert werden. Es ist vor allem wichtig, dass vorab vom Gemeinderat ein Weg gewählt wird, wie an das Thema der Realisierung des sozialen Wohnungsbaus angesteuert werden soll. Denkbar ist es das Bauhofgrundstück für solche Zwecke zu reservieren. Die Gemeinde hat im Finanzplan ab 2019 jeweils 1 Mio. € für Wohnungsbau eingestellt. Eventuell können Wohnungen selbst erstellt und entsprechend subventioniert vermietet werden

***Vorschlag der Verwaltung
Entscheidung über den Antrag und ggf. Entwicklung eines
Finanzierungsmodells.***

zu Antrag 3
siehe CDU Nr.1
siehe FW Nr. 6

Städtebaulicher Wettbewerb für den Bereich Hauptstraße 4

Beantragt wird ein städtebaulicher Wettbewerb für den Bereich Hauptstraße 4

Für das Gebäude Hauptstraße 4 gibt es bereits einen Architektenvorschlag durch Professor Lenz. Durch den Wegfall der Parkplätze bei der Volksbank wird der Parkdruck im Ortskern zunehmen. Die Verwaltung priorisiert daher die Hauptstraße 4 unter Beibehaltung einer Gebäudesilhouette zu Parkflächen umzugestalten. Ein Gestaltungswettbewerb ist sicher denkbar, müsste dann aber auch die Flächen nördlich des Grundstücks bis zur Karlstraße mit einbeziehen.

Für einen Wettbewerb fallen allerdings erhebliche Kosten an. Die Verwaltung rechnet mit 20.000 €

***Vorschlag der Verwaltung
Entscheidung des Antrages, ggf. Mittelbereitstellung***

zu Antrag 4

Beteiligung von Jugendlichen bei Planung und Vorhaben der Gemeinde

Es wird beantragt für die Beteiligung von Jugendlichen, die ihre Interessen berühren, Finanzmittel bereitgestellt werden.

Durch die Einführung des § 41a Gemeindeordnung wurde die Pflicht eingeführt Jugendliche bei Vorhaben und Planungen, die ihre Interessen berühren, angemessen zu beteiligen. Für Jugendvertretungen sind angemessene finanzielle Mittel bereitzustellen.

Eine Jugendvertretung (Jugendgemeinderat) ist bisher in Hemmingen nicht vorhanden. Die Beteiligung der Jugendlichen erfolgt, wie auch die sonstige Bürgerbeteiligung, im Rahmen der einzelnen Projekte. Die Finanzierung erfolgt auch dort. Es können aber durchaus entsprechende Mittel eingestellt werden

Vorschlag der Verwaltung
Annahme des Antrages.

zu Antrag 5

Feststellung des Titels 52.20 als Schlüsselprodukt

Beantragt wird das Produkt 52.20 Wohnbauförderung und Wohnungswesen als Schlüsselprodukt auszuweisen.

Wenn der Gemeinderat dies wünscht, kann die Verwaltung gerne dieses Produkt als Schlüsselprodukt aufnehmen. Da die Gemeinde keine eigene Wohnbauförderung betreibt sind in diesem Produkt nur Personalkosten für die Bearbeitung von Lakra-Anträgen enthalten.

Vorschlag der Verwaltung
Entscheidung über den Antrag

zu Antrag 6

Einbau Beamer im Vereinsnebenzimmer Gemeinschaftshalle

Beantragt wird die Installation eines Beamer für die Vereinsarbeit.

Die Verwaltung steht dem sehr offen gegenüber. Es ist sicher ohne Probleme möglich dort einen Beamer zu installieren. Allerdings sind neben der Beschaffung des Beamers noch Installationskosten zu rechnen. Die Verwaltung geht insgesamt von Kosten über 5.000 € aus.

Vorschlag der Verwaltung
Annahme des Antrags und Mittelbereitstellung

FDP Fraktion

zu Antrag 1
siehe FW Nr. 1

Bauliche Erhaltung gemeindeeigener Gebäude

Es wird beantragt einen Mitarbeiter im Ortsbauamt speziell für die Gebäudeunterhaltung zu bestimmen.

Ortsbaumeister Lang ist bisher für die Gebäudeunterhaltung der zuständige Ansprechpartner. Da im Ortsbauamt viele Projekte insbesondere auch im Hochbau und bei der Stadtentwicklung laufen, soll eine weitere Stelle im Gebäudeunterhalt geschaffen werden.

Vorschlag der Verwaltung

Entscheidung über diesen Antrag im Zusammenhang mit dem Antrag der Freien Wähler Nr. 1.

zu Antrag 2

Gebäudereparatur Schule

Beantragt wird die Ursachenermittlung des Wassereintritts im Gebäude 3 (Musiksaal) und die Ursachenbeseitigung.

Die Verwaltung untersucht derzeit den Wassereintritt. Nach der Ursachenermittlung wird die Reparatur umgehend in Angriff genommen.

Vorschlag der Verwaltung

Annahme des Antrages

zu Antrag 3

Straßenbeleuchtung

Beantragt wird den Weg zwischen Blumenstraße und Znaimer Straße besser zu beleuchten.

Der Weg ist keine öffentliche Straße. Er befindet sich auf einem privaten Grundstück. Es besteht eine Grunddienstbarkeit für ein Geh- und Fahrrecht. Eine Beleuchtung des Weges ist nur mit Zustimmung des Grundstückseigentümers möglich. Sofern dies gewünscht wird, kann die Verwaltung gerne mit dem Grundstückseigentümer Kontakt aufnehmen. An Kosten für den Lichtmast mit Zuleitungen fallen ca. 10.000 € an.

Vorschlag der Verwaltung

Mit dem Grundstückseigentümer sind Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel den Weg zu beleuchten.

zu Antrag 4

Fahrbahnmarkierung Pfarrgasse/Eisgasse/Hochdorfer Straße

Beantragt wird eine Fahrbahnmarkierung im Kreuzungsbereich anzubringen.

Die Eisgasse/Hochdorfer Straße ist eine Landesstraße und somit nicht in der Straßenbaulast der Gemeinde. Die Gemeinde kann daher keine Markierung aufbringen.

Die Verwaltung wird dies beim Straßenbaulastträger anregen.

Vorschlag der Verwaltung

Kenntnisnahme